

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 1923  
Königsplatz Nr. 52.

Nr. 289.

Donnerstag, 13. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1.—14. Dezember 1923: 100 Mark. Einmalige Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag: Pette Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Interkommunikationsgebühren. Abnehmer an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wochensatzung 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Verbot weiterer politischer Verbände.

(Dresden. Der Militärbefehlshaber des Bezirkskommandos 4, Generalleutnant Müller, erläßt folgende

### Bestimmung:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. November 1923 und des Reichsverministers vom 27. September 1923, wonach mir die vollziehende Gewalt übertragen ist, verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Näher den in den Verordnungen des Chefs der Staatsleitung vom 20. November 1923 bereits betroffenen Parteien verbiete ich die Organisationen und Einrichtungen der folgenden Verbände:

- a) der Allgemeinen Arbeiter-Union (einschließlich Kommunistischer Arbeiterpartei Deutschlands);
- b) der Sozialistischen Arbeiterkaderorganisation;
- c) des Bundes internationaler Kriegsoffiziere.

Die Bestimmungen der Verordnungen des Chefs der Staatsleitung vom 20. November 1923, die von mir am 20. November bekanntgegeben worden sind, finden entsprechende Anwendung.

Dresden, den 11. Dezember 1923.

Der Militärbefehlshaber: Müller, Generalleutnant.

### Verbotene Wahlvorschläge.

Durch die Verordnungen des Chefs der Staatsleitung vom 20. November 1923 — die ich am 23. November 1923 bekanntgegeben habe — und durch meine Verordnung vom 11. Dezember sind die Organisationen und Einrichtungen:

- der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei,
- der Deutschsozialistischen Freiheitspartei,
- der Kommunistischen Partei Deutschlands,
- der Allgemeinen Arbeiter-Union, (einschließlich Kommunistischer Arbeiterpartei Deutschlands),
- der Sozialistischen Arbeiterkaderorganisation,
- des Bundes internationaler Kriegsoffiziere

verboten.

Mit Rücksicht hierauf ist auch die Aufstellung von Wahlvorschlägen dieser Parteien für die nächsten Gemeindevahlen untersagt. Bereits eingereichte Wahlvorschläge sind für die Wahlorgane unbenutzbar. Sie sind zurückzugeben. Neue dürfen nicht entgegengenommen werden.

Dresden, den 12. Dezember 1923.

Der Militärbefehlshaber: Müller, Generalleutnant.

### Verbot des Erwerbslosenkongresses.

General von Seck hat die Abhaltung des Reichskongresses der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, der am 16. Dezember in Berlin zusammenzutreten sollte, verboten. Der Grund dazu ist die Verbreitung von Flugblättern des vorbereitenden Komitees, in denen zum bewaffneten Aufstand und zur Ausschaltung der Diktatur des Proletariats aufgerufen wurde.

## Gründer Meinungskonflikt zwischen England und Frankreich.

(London. Der Kölner Berichterstatter der „Daily News“ meldet, ein erster Meinungskonflikt sei zwischen den britischen Behörden und der französisch-belgischen Regie mit Bezug auf die Eisenbahnen im Kölner Gebiet entstanden. Die britische Ansicht ist, daß die Eisenbahnen im Kölner Gebiet unter deutscher Kontrolle bleiben müßten, daß jedoch der Regie gestattet werden sollte, Züge durch diese Zone laufen zu lassen, indem besondere Vorkehrungen getroffen würden, um den französischen und deutschen Güter- und Personenverkehr an den Grenzen des britischen Bezirks zu regeln. Der Plan, der diese Konzeption einschließt, sei der französischen Regierung unterbreitet worden, und in Köln habe gestern eine Konferenz stattgefunden, auf der die gesamte Frage zwischen den britischen und französischen Eisenbahnverwaltungen erörtert werden sollte. Diese Konferenz habe jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen, da die Regie es abgelehnt habe, den britischen Vorschlag anzunehmen. Aus ungeklärter Quelle verlautet, die Franzosen hätten die Forderung gestellt, daß die Eisenbahnen im britischen Gebiet den Regiebehörden ausgeliefert werden; diese würden dann die deutsche Verwaltung überwachen, die jetzt das Kölner Gebiet unter britischer Überwachung kontrolliere. Nur 75 Prozent der Beamten im besetzten Gebiet würden nach dem französischen Vorschlag behalten und von der Regie bezahlt werden. Die französischen Forderungen seien vollkommen unannehmbar, und es sei ein vollständiger Stillstand im Verkehr des von England besetzten Gebietes mit dem übrigen Teil des besetzten Gebietes eingetreten, der den Briten in der britischen Zone ernste Unannehmlichkeiten bereite.

## Amerikas Weisheit an die Reparationskommission.

Der offizielle amerikanische Delegierte in der Reparationskommission, Oberst Logan, hat gestern vormittag den Präsidenten dieser Kommission, Barthou, davon in Kenntnis gesetzt, daß er aus Washington eine Bestätigung des Beschlusses erhalten habe, den die amerikanische Regierung vorzuziehen in der Frage der beiden Sachverständigenausschüsse lasse. Amerika wird sich, wie Logan berichtete, an den Arbeiten, die von der Reparationskommission am 30. 11. beschlossen wurden, nicht offiziell beteiligen, doch bezieht die amerikanische Regierung, daß amerikanische Sachverständige an den Arbeiten der beiden Ausschüsse teilnehmen werden. Logan hat diese Meldung Barthou in Form eines Briefes zugehen lassen und gleichzeitig darin auf ein Schreiben des Präsidenten der Reparationskommission vom 5. 12. 23 gema-

Italiens und der Vereinigten Staaten von Amerika in den beiden Sachverständigenausschüssen werden von der Reparationskommission auf Vorschlag des Delegierten eines dieser Länder im Einverständnis mit ihren Regierungen ernannt werden. Man rechnet damit, daß diese Sachverständigen erst am kommenden Freitag von der Reparationskommission ernannt werden.

### Frankreichs Vertreter in den Sachverständigenausschüssen.

Nach einer Mitteilung des Quai d'Orsay steht die Wahl von Sergeant und Parmentier als Vertreter für die beiden Sachverständigenausschüsse, die sich mit der Finanzlage Deutschlands und der Ermittlung des deutschen Kapitals im Auslande befassen werden, nunmehr fest.

### Die nächste Sitzung der Reparationskommission.

In London ist nunmehr die amtliche Beteiligungs der USA durch die Reparationskommission an den Arbeiten der beiden von der Reparationskommission zu ernennenden Untersuchungsausschüsse teilzunehmen. Die nächsten von der Reparationskommission zu erwartenden Schritte ist die Festlegung ihres nächsten Zusammentritts; man nimmt an, daß dies noch vor Weihnachten der Fall sein wird. Die Ernennung der englischen Sachverständigen für die beiden Untersuchungsausschüsse ist dem englischen Delegierten in der Reparationskommission, Sir John Bradburn überwiesen worden.

### Ein neuer Schritt in Paris.

(Berlin. Die Reichsregierung plant einen neuen Schritt bei der Reparationskommission in Paris, der jedoch nicht ein neues Reparationsangebot in sich fassen wird. Vielmehr soll damit lediglich die Wiederannahme der seinerzeit abgebrochenen Reparationsverhandlungen angestrebt werden. Die Möglichkeit dafür liegt umso mehr vor, als neuerdings auch von französischer Seite anerkannt wird, daß der passive Widerstand, während dessen Dauer Paris jede Verhandlungen mit uns ablehnte, tatsächlich in vollem Umfange beendet ist.

## Neuer Steuererlaß. — Die Reichsregierung gegen Aufwertung der Hypotheken.

Wie die Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite erfährt, wird nach der ersten Steuerreformverordnung, die auf Grund des Artikels 48 erlassen ist, in allerhöchster Frist eine zweite Steuerreformverordnung vorliegen. Eine dritte Verordnung ist ebenfalls im Reichsarbeitsministerium in Arbeit, sie steht unmittelbar vor dem Abschluß der Beratungen und wird im wesentlichen die Frage des Vermögensvergleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden behandeln. Zugleich wird in dieser Verordnung vorwiegend die Frage der Hypothekenaufwertung eine endgültige, und zwar negative Lösung erfahren, nach der Richtung, daß eine solche Aufwertung als nicht möglich betrachtet wird und daß die durch Schuldentilgung bereicherten Kreise dagegen in härtestem Maße zur Steuerleistung herangezogen werden sollen. Diese außerordentlich weitgehenden Eingriffe haben sich nach eingehender Prüfung der Finanzen notwendig gemacht, weil u. a. Umständen sowohl eine Ausweitung der Rentenmarktkredite, wie jede andere Inflationsmöglichkeit durch die Reichsregierung ausgeschlossen werden müsse und weil auf der anderen Seite die von Seiten der Rentenbank dem Reich gewährten Kredite so rasch zu Ende zu gehen drohen, daß gleichzeitig mit der Durchsetzung der Ausgaben eine starke Erhöhung der Einnahmen bevorzuzusetzen werden muß. Insbesondere ist die Regierung darauf angewiesen, schon im Laufe des Dezembers neue große Einnahmequellen zu erschließen, da sonst in allerhöchster Frist effektive Zahlungsmittel einzuholen würde. Die Regierung bleibt darüber hinaus bemüht, die Möglichkeit ausländischer Kredite in die Tat umzusetzen, denn Außenminister Dr. Stresemann hat seine als Kanzler begonnenen Bemühungen in dieser Richtung sofort nach der neuen Kabinetsbildung fortgesetzt. Gleichzeitig ist beabsichtigt, in einem Hilferufe an das Ausland erneut darauf hinzuwirken, daß Deutschland nunmehr am Ende seiner Kräfte ist.

### Das Kabinett Fellisch vor der Entscheidung.

(Dresden. Die „Dr. N. N.“ wird von unterrichteter Seite geschrieben, daß es ein Verstum sei, wenn angenommen werde, die Enthaltungen über die Verpflichtung des Ministers Liepmann gegenüber den Kommunisten und die in seinem Auftrage erfolgte Überwachung der Reichswehr hätten erst den Anlaß zu dem demokratischen Vorstoß gegen das Kabinett Fellisch gegeben. Die demokratische Landtagsfraktion habe von Anfang an keine Zweifel darüber gefaßt, daß sowohl in der Haltung gegen das Reich wie in den Fragen der innerstaatlichen Politik, insbesondere der Beamtenpolitik, das zusammengebrochene System Leigner aufgegeben werden müsse, nicht zuletzt im Interesse der republikanischen Staatsform, die durch nichts so stark erschüttert werde, wie durch ein korruptives System der Beamtenernennung und -beförderung. Es sei kein Geheimnis, daß einzelne Mitglieder des Ministeriums Fellisch sich zu dieser Erkenntnis nicht haben durchringen können. Dies sei bereits in den Reden der Minister Liepmann und Meißner bei ihrem neuen Amtsantritt zum Ausdruck gekommen. Die demokratische Fraktion habe keinen Zweifel darüber gefaßt, daß sie diese Reden mißbilligte und daß sie den Versuch, die darin zum Ausdruck gebrachte einseitige politische Einstellung durch Vorlesung der Beamtenspolitik praktisch durchzuführen, mit der Einleitung der bisherigen Unterbrechung des Kabinetts Fellisch beantwortet müßte. Der sozialdemokratische Landtagspartei lag sei unter dem Einfluß der radikalen Richtung einer klaren Entscheidung aus dem Wege ge-

gangen. Der frühere Innenminister Spivacki habe gesagt: „Es ist eine unmögliche Situation, in Sachsen nach einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu streben, während man in den übrigen Teilen des Reiches und in den Generalkommissuren in entgegengesetzter Richtung arbeitet. Man kann nicht in Sachsen eine Politik treiben, die mit der Abschaffung der Arbeiterklasse im ganzen Reich im Widerspruch steht.“ — Aber der Parteitag habe sich den daraus ergebenden Schlussfolgerungen durch Annahme einer Entschließung zu entziehen versucht, die von Herrn Liepmann formuliert war und forderte, daß in der Landespolitik nach wie vor die „Weltendmachung der proletarischen Mehrheit“ erstrebt werden müsse. Im Falle des Sturzes der sozialdemokratischen Kinderheitsregierung müsse versucht werden, mit den Kommunisten zu einer gemeinsamen Regierungsbasis zu kommen. Die Beschlüsse seien gefaßt worden, trotzdem Ministerpräsident Fellisch ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß er mit den Stimmen der Demokraten und gegen die der Kommunisten gewählt worden sei, und daß, wenn man seine Regierung unterstützen wolle, man ihm keine Bindungen auferlegen dürfe, von denen man nicht wisse, ob sie morgen noch eingehalten werden könnten. Für die Demokraten sei es klar, daß die Tatsache der Unterbrechung des Kabinetts Fellisch auch in der Politik dieses Ministeriums zum Ausdruck kommen müsse, da ihm sonst der Boden unter den Füßen entzogen werde.

### Gründung der Rheinischen Goldnotenbank?

Die „Rheinische Zeitung“ erhält von zuverlässiger Seite folgende Meldung: Im Fokus ist am Dienstag die Gründung der Rheinischen Goldnotenbank mit einem Kapital von 6 Millionen Dollar oder 60 Millionen Rheinmark (1 Rheinmark gleich 12 Goldpfennige) vor sich gegangen. Zum Direktor ist der Kölner Bankier Winkel bestellt worden. Eine offizielle Eintragung der Gesellschaft kann noch nicht erfolgen, da diese nach den deutschen Bestimmungen nur auf der Grundlage der deutschen Währung geschehen kann. — Im gewissen Gegensatz zu dieser Meldung, daß die Gründung der Rheinischen Goldnotenbank schon als vollkommene Tatsache zu betrachten ist, meldet gleichfalls die „Rheinische Zeitung“ aus Paris, daß während französischer Wirtschaftskrisis die Verhandlungen über die Rheinische Goldnotenbank zurückstellen wünschenswert seien. — Eine Behauptung dafür, daß die Gründung der sogenannten Rheinischen Goldnotenbank tatsächlich noch vorliegen würde, ist bisher aus direkt beteiligten Kreisen nicht zu erlangen gewesen.

### Goldgehälter und Beamtenabbau.

Da der Fünftelkongress des Reichstages beschäftigt ist, gehtern mit der Regierung über die Goldgehälter der Beamten. Von der Regierung wurden die neuen Bestimmungen ausführlich dargelegt und erläutert. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß es sich nicht vermeiden lasse, die Beamtenzahl an dem schweren finanziellen und wirtschaftlichen Druck zu beteiligen, der in Deutschland auf der Allgemeinheit lastet. Es sei jedoch zu hoffen, daß die jetzt normierten Goldgehälter nur eine Uebergangsmaßnahme bedeuten und daß bei Besserung der Finanzlage die Gehälter und vor allem auch die sozialen Belohnungsbestandteile den Lebensnotwendigkeiten angepaßt würden. Insbesondere wurde von dem Regierungsvertreter betont, daß, sobald es die Verhältnisse erlaubten, der Druck der Erhaltung der Beamtenzahl der Wirtschaft entsprechend angepaßt würde. In eingehender Diskussion wurden dann von den Parteirepresenten Vorschläge geäußert und die Einzelheiten der Verordnung durchgesprochen. Nach bedeutender Debatte über die Goldgehälter wurde ein Antrag angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, die Goldgehälter der Beamten sowie die sozialen Zulagen auf eine Höhe zu bringen, die den Lebensnotwendigkeiten mehr gerecht wird, sobald der Reichstag die dazu erforderlichen Mittel beschafft hat. Ferner wurde der Regierung empfohlen, den Artikel 5 der Goldgehälterverordnung zurückzugeben, der bei veränderter Anordnung der Dienstbezüge den Reichsbeamten auf Verzichtung oder auf Erlass des durch die spätere Auszahlung entstehenden Schadens verweist.

Alsdann wandte sich der Ausschuss der Einzelberatung über die Abbauverordnung an. Hierbei wurde ein Antrag angenommen, wonach die in der Verordnung vorgesehene Abänderung des Reichsbeamtengesetzes, daß jeder Reichsbeamte sich die Versicherung in ein anderes Amt derselben Laufbahn, auch in ein solches von geringerer Rang und geringem planmäßigen Dienstlohn, gefaßt lassen müsse, bis zum 31. März 1927 befristet wird. Nach weiterer Aussprache über die ersten beiden Artikel der Abbauverordnung vertagte sich der Ausschuss auf Donnerstag.

### Ein Zwischenfall im Fünftelkongress.

In dem durch das Ermächtigungsgesetz beschlossenen Ausschuss des Reichstages von fünfzehn Mitgliedern ist die kommunistische Fraktion bekanntlich nicht vertreten. Im Auftrag der Fraktion begab sich gestern der kommunistische Abgeordnete Herzfeld in die Sitzung des Ausschusses, um dieser als Zuhörer beizuwohnen. Der Vorsitzende des Ausschusses machte den Abgeordneten Herzfeld darauf aufmerksam, daß der Ausschuss vertraulich tagte und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen. Da er dies ablehnte, erklärte der Vorsitzende, andere Maßnahmen ergreifen zu müssen, schon dann aber vor, daß der Ausschuss in ein anderes Zimmer geht und dort weiter tagt. Da der Abgeordnete Herzfeld sich hierauf entfernte, konnte die Sitzung in demselben Saal fortgesetzt werden.

Anläßlich dieses Falles richtete die kommunistische Fraktion des Reichstages an den Reichspräsidenten eine Beschwerde.

den, wörtlich hierauf hinweist, daß § 31 der Geschäftsordnung ausdrücklich bestimmt, daß Abgeordnete, die einem Ausschuss nicht angehören, als Zuhörer teilnehmen können; den Ausschluß der Öffentlichkeit könne nur der Reichstag beschließen. Die Kommunisten erließen den Präsidenten, ihre nach der Geschäftsordnung ihnen zustehenden Rechte zu mahnen. Der Ausschluß eines Mitgliedes ihrer Fraktion von den Beratungen des Ausschusses sei ein Willkürakt, den der Präsident nicht dulden dürfe, und den sie ruhig hinzunehmen nicht gewillt seien.

#### Ein wichtiger Entscheid des Reichsfinanzministers.

Hd. Am Ruff beschloß auf Drängen der Kommunisten der Landtag, die Reichsregierung zu veranlassen, eine Erweiterung des Betriebsrätegesetzes dahingehend durchzuführen, daß die Arbeitnehmer verpflichtet werden, den Betriebsräten bei der Kontrolle über die Abführung der Steuerbeträge an die Finanzämter keine Hindernisse in den Weg zu legen. — Der damalige Reichsfinanzminister Brauns beistimmte diesem Antrag an die Reichsregierung weiter zu gehen. Diese hat jedoch, wie wir hören, dieser Forderung nicht nur nicht zustimmt, sondern darauf aufmerksam gemacht, daß die Abführung der Steuerbeträge einmal Aufgabe der Finanzämter sei. Eine noch schnellere Abführung der Steuerabgabenbeträge könne den Arbeitgebern aus technischen Gründen unmöglich ausgemittelt werden. Sie scheitert auch daran, daß die Finanzämter gar nicht in der Lage wären, häufigere Abgaben zu entgegennehmen. — Im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister erklärte schließlich der Reichsfinanzminister noch folgendes, was die Sachverhalte bei ihrem voreiligen Antrage vollständig übersehen hätten: „Vom Standpunkte des Betriebsrätegesetzes kann der beantragte Ausdehnung der Betriebsratsaufsicht nicht ausgemittelt werden. Die Betriebsvertretung ist nach dem BRRG zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes berufen, nicht aber zur Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit, wie hier der allgemeine Finanzinteressen. Die Betriebsvertretungen haben ferner nach dem Betriebsrätegesetz ihre Aufgabe in der Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber zu erfüllen, es streben ihnen danach keine Kontrollrechte gegenüber dem Arbeitgeber zu, wie es der Antrag vorsieht. Der Antrag widerspricht daher in grundsätzlichen Punkten dem geltenden Betriebsrätegesetz.“

#### Demonstrationen der Pariser Polizei.

\* Paris. Gestern nachmittags haben 3000 Pariser Volkshemden, die zu diesem Zwecke Anstellung anleiten, eine Massenkundgebung veranstaltet. Die Demonstrationen verliefen friedlich eine Gebirgsstraße. Der Vertreter des Polizeipräsidenten versuchte auf die Beamten einzuwirken, ohne jedoch damit einen großen Erfolg zu haben. Darauf entschloß sich der Polizeipräsident, gegen die Demonstranten die uniformierte Polizei vorzuschieben zu lassen. Diese setzte jedoch keinen lebhaften Widerstand entgegen, sondern ließ sich von der republikanischen Garde auflösen, wobei es zu einem lebhaften Gemenge kam, in dessen Verlauf zwei höhere Polizeibeamte und ein Offizier der Garde nicht unerheblich verletzt wurden. Einer der Demonstranten wurde festgenommen. Die Polizeibeamten, die sich an der Kundgebung beteiligten, sind vom Polizeipräsidenten ihres Amtes entbunden worden.

#### Französische und belgische Räumungspläne für das Ruhrgebiet.

Die französischen und belgischen Behörden sind zurzeit mit der Ausarbeitung von Räumungsplänen für das Ruhrgebiet beschäftigt. Die Regierungen beider Länder sind nach gewissen Informationen der Ansicht, daß Deutschland die Absicht habe, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und daß die Wiederaufnahme des passiven Widerstandes als nahezu ausgeschlossen erscheint. Es steht noch nicht fest, welche Truppen im Ruhrgebiet verbleiben werden. Doch glaubt man zu wissen, daß sie in 6 Divisionen zusammengefaßt werden. Man hofft, die Armee des Generals Degoutte innerhalb der nächsten 3 Monate auf 10000 Mann herabziehen zu können und zwar werden die größten Truppenvermindierungen in der belgischen Zone erfolgen.

#### Eine Militärrevolte in Lissabon.

Eine militärische Aufstandsbewegung ist vorgestern abend in Lissabon unternommen worden. Sie wurde aber durch die energiegelichen Maßnahmen der Regierung erstickt. Der Aufstand hat folgenden Verlauf genommen: Vorgestern abend gab der Befehlshaber „Douro“ einige verarbeitete Signalfüchse ab, in der Hoffnung, daß die Aufständischen auf dem Lande gegen die Regierung vorzugehen würden. In der Tat verließen verschiedene Truppen von Zivilisten, das Präsidentenpalastgebäude zu überrumpeln, doch wurden sie von den

Schildwachen unter Verlusten zurückgeschlagen. Die Regierung richtete daraufhin das Schiff drahlend die Aufforderung, sich bis 5 Uhr zu ergeben, andernfalls die Regimentsartillerie mit dem Feuer beginnen werde. Die Mannschaft ergab sich darauf und wurde nach einem Fort gebracht.

#### Angedachte deutsche Industriespionage.

An der belgischen und französischen Presse wird nach wie vor auf alle erdenkliche Weise Stimmung gegen Deutschland zu machen versucht. Wir sind in dieser Richtung ja schon an recht starken Taktat gewöhnt, dessen Punkt die belgischen und französischen Köpfe umnebelt. Aber die neueste Version der belgischen und französischen Geheimdienstblätter übersteigt denn doch alle Grenzen. Belgische und französische Blätter haben sich nämlich in der letzten Zeit wiederholt mit der Anwesenheit angeblicher deutscher Spione in Frankreich und besonders in Belgien beschäftigt. Die Aufgabe dieser Spione soll angeblich darin bestehen, die Betriebsgeheimnisse der belgischen Industrie zu erkunden. Diese Gerüchte entbehren schon deshalb jeder Grundlage, weil auf deutscher Seite auch nicht das geringste Interesse an solchen Erkundungen besteht. Die deutsche Industrie steht viel zu hoch, als daß sie es nötig hätte, Betriebsgeheimnisse ausgerechnet der belgischen und französischen Industrie auszuspiionieren. Es dürfte vielmehr gerade das Gegenteil anzunehmen sein, daß Belgier und Franzosen deutsche Betriebsgeheimnisse auspiionieren.

#### Die nord-schleswigsche Frage.

Der Landesausschuß der deutschen nationalen Volkspartei Nord-Schleswig hat sich mit dem Abkommen zwischen dem deutschen und dem dänischen Sozialdemokraten über die nord-schleswigsche Frage beschäftigt und einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: Der Landesausschuß Nord-Schleswig der deutschen nationalen Volkspartei verurteilt aufs schärfste den bar bezahlten Verrat an deutschen Volkstum in Nord-Schleswig, den die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihren Abkommen mit den dänischen Sozialdemokraten durch Annahme von dänischen Geldern für die erstrebende sozialdemokratische Wende Schleswigs sich hat abkaufen lassen. Die neue Grenze unserer Nordmark bedeutet eine brutale Vergewaltigung des deutschen Volkes. Wir erkennen ihre Grenzen niemals an. Wir fordern: Schleswig deutsch bis zur Rönneburg!

#### Tagesgeschichte.

Französische Kredite für Litauen. Die belgische, gelangten bei einer Konferenz Besprechung zwei französische Kreditprojekte zum Abschluß. Zunächst handelt es sich um den Bau von elektrischen Anlagen und um den Bau von zwei Radiostationen in Litauen durch französische Firmen. Wegen dieses Projektes wurde bereits mit deutschen Firmen verhandelt. Zweifelloso haben bei diesen Fragen litauische Kreise die Oberhand behalten, welche eine italo-französische Annäherung propagieren. Keine Reise nach England. „Echo de Paris“ dementiert die Gerüchte, wonach Marshall Foch gestern nach London abgereist sei. Das Blatt fügt hinzu, daß der französische Marschall nicht die Absicht habe, für den Augenblick eine Reise nach England anzutreten.

Nachdem kein Eisenbahnverkehr zwischen dem Memelgebiet und Ostpreußen. Wie die Telegramm-Listen erfahren, sind die Spezialverhandlungen über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dem Memelgebiet noch nicht zu einem Abschluß gelangt. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs ist noch ungewiß.

Separatistenterror in Jugoslawien. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, ist es in Jugoslawien am letzten Freitag zu einem schweren Zusammenstoß mit den Separatisten gekommen. Als ein Einwohner die separatistische Fahne vom Rathaus herunterholen wollte, kam es zu einer lebhaften Schießerei und Schlägerei, in deren Verlauf einige Teilnehmer verwundet wurden. Genaue Einzelheiten fehlen noch. Im Zusammenhang damit ist über den Regierungsrat Stredet, Mainz, Aufenthaltsschränkung von den Franzosen herhängig worden.

Wieder eine deutsche Vertretung in Paris? Eine gestern abend in diplomatischen Kreisen sehr verbreitete Nachricht besagt, daß Deutschland demnächst den Postfachposten in Paris wieder beziehen werde. Vornormierung auch im Ruhrgebiet. Wie in anderen Industriezweigen, z. B. in der Eisenindustrie und der chemischen Industrie, tritt auch im Ruhrkohlenbergbau für die laufende Woche eine gewisse Vornormierung ein, indem der zu einem Goldmarkfuß von 4,20 errechnete Teuerungszuschlag von 25 Prozent auf 10 Prozent abgeändert wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen für den Teuerungszuschlag nach Beseitigung

der Kursdifferenzen und den nicht unbedeutend gesunkenen Lebensmittelpreisen fortgefallen sind. So ist beispw. der Lebensmittelmultiplikator der Stadt Essen von einem Stande von 2 Millionen auf eine 1 Million gefallen. Die in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Regelung der Schlichter der über Tage beschäftigten Arbeiter sind mit Rücksicht auf die in derselben Frage heute in Berlin zu führenden Schlichter-Verhandlungen für die Großindustrie ausgesetzt worden.

Rückzahlung der französischen Schulden an Amerika. Sekretär Mellon erklärte in einem Brief, den er an den Senator Foraker gerichtet hat, daß die Regelung der Vereinigten Staaten nichts unversucht lassen werde, damit die Kriegsschulden an Amerika von Frankreich zurückgezahlt werden. Ueber die diesbezügliche Absicht der französischen Regierung besteht kein Zweifel, da sie wiederholt ihre Kriegsschulden an Amerika anerkannt habe.

#### Erleichterungen im Güterverkehr.

zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland. \* Frankfurt. Wie die Z.-N. erzählt, ist in Mainz eine wichtige Entscheidung über den Durchgangsverkehr von Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland zustande gekommen. Seit vorgestern abend können die Güter von den Auslieferungsstationen des unbesetzten Deutschland bis zur Empfangsstation, Endstation im besetzten Gebiet, durchlaufen, ohne daß an der Grenze eine Untersuchung der Papiere durch die Behörden stattfindet. Voraussetzlich wird sich dadurch auch der Aufenthalt an den Grenzstationen verkürzen, wenn nicht die Behörden neue Einwendungen machen.

#### Post- und Telegraphenverwaltung.

Der Verkehrsausschuß des Reichstages beschloß gestern die Verhältnisse in der Post- und Telegraphenverwaltung. Nach den Berichten der Regierung hat die Verwaltung im letzten Jahre im allgemeinen gut abgelaufen. Aus dem Bericht ist ferner hervorzuheben, daß die Drachenscheitel stark zurückgegangen sind, was man auf das neue Gesetz über den „Metallhandel“ zurückführt. Interessante Versuche sind namentlich in Süddeutschland mit der Zusammenlegung des Post- und Bahnschalthebetriebes angestellt worden. Die gemeinschaftliche Verwaltung und Materialbeschaffung für kleine Bahnschalter und Postanstalten scheint sich zu bewähren. Eine Verschmelzung wird jedoch nicht für sofort möglich gehalten, insbesondere, weil bei der Post infolge des Postgeheimnisses gewisse Sicherheitsgesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle spielen müssen.

#### Die Rentenmark im besetzten Gebiet nicht amtlich eingeführt.

Das Reichskabinett hat nach erneuter eingehender Beratung der Lage des besetzten Gebietes beschlossen, die Rentenmark wegen der Gefahr der Beschlagnahme und weil ihre Forderung im besetzten Gebiet bis jetzt nicht erfolgt ist, dort amtlich nicht einzuführen.

#### Kunst und Wissenschaft.

Koncertmeister Schubert 70. Geburtstag. Konzertmeister a. D. Franz Schubert, Dresden, das ehemalige hochangesehene Mitglied der Staatskapelle, beendete heute Donnerstag, den 13. Dezember 1923, 70. Geburtstag. Der geborene und um das Musikleben Dresdens vielverdienende Geiger entstammt einer berühmten Musikfamilie. Sein Vater war der bedeutende Violoncellist gleichen Namens, der 1870 in Dresden nach ruhmvollem Laufbahn stand, seine Mutter, Malvina Schubert-Schubert, zählte zu den geachtetsten Solotanzsängerinnen ihrer Zeit.

## Der erste geschäftsfreie Sonntag

ist der 16. Dezember 1923. Die Geschäfte dürfen von vorm. 11 Uhr bis nachm. 6 Uhr geöffnet sein. — Weihnachtsgeschenken in dem „Meiner Tageblatt“ werden aufmerksam geleitet und sind als Vorbereiter zum Einkauf dringend notwendig. — Anzeigen für die Sonntagsumnummer bitten wir möglichst bald anzugeben.

Tageblatt-Druckerei, Goethestraße 59.

## Angelas Heirat.

Roman von L. G. Robert.

46. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Was?“ sagte sie dann blickend, „ich hätte sie falsch beurteilt? Du wirst dich schon noch überzeugen, daß das durchaus nicht der Fall ist. Mein Urteil über den Charakter eines Menschen trifft immer zu. Und habe ich nicht mit eigenen Augen gesehen, wie Frau Martens sich äußerst vertraulich, um nicht zu sagen zärtlich, in einem einlinden Teil des Parks mit jenem Herrn Stern unterhielt. Und das ist noch gar nicht lange her. Einmal stand sie sogar mit ihm am Tor, daraus kann man sehen, wie frech sie ist und wie sie den Sitten der guten Gesellschaft trotzt! Nein, nein, ich habe ihr immer mißtraut, von Anfang an! Ich habe sie immer für sonderbar gehalten, und es zeigte sich ja, wie recht ich hatte, als die schändliche Geschichte von den gestohlenen Depeschen ans Tageslicht kam. Ich wußte es gleich, daß sie kein Versteher für uns war!“

„Unfaim, liebe Klara!“

„Es kam so selten vor, daß der Bürgermeister seiner energiegelichen Frau tatsächlich widersprach, daß sie, als dies heute zum zweitenmal und so nachdrücklich geschah, ordentlich erschrocken aufsprang. Aber er war nun einmal im Zug und ließ sich nicht beirren.“

„Du hast die eine ganz falsche Ansicht über die Martens gebildet, von Anfang bis zu Ende ist alles unrichtig. Wenn du dir die Mühe gegeben hättest, heute morgen einen Blick in die Zeitung zu werfen, so hättest du lesen können, daß Herr Erich Martens' Unschuld ganz klar und unwiderleglich nachgewiesen ist. Es hat sich herausgestellt, daß er nicht derjenige war, der die fraglichen Papiere an eine fremde Macht verkauft hat, daß er überhaupt bei der ganzen Geschichte gänzlich unbeteiligt gewesen ist und so wenig damit zu tun hatte wie du oder ich oder der Mann im Mond! Seine vorgelegte Behörde ist von seiner Unschuld voll und ganz überzeugt!“

Frau Scheibler ließ einen unartikulierten Laut hören, der starken Zweifel ausdrückte.

„Bischof! Das hat in der Zeitung gestanden! In der Zeitung steht viel, was nicht wahr ist. Man sagt nicht umsonst, 'Belogen wie gedruckt!' Das kann an meiner Abneigung gegen Frau Martens nichts ändern. Ich habe nie etwas von ihr gehalten, und ich tue es auch jetzt nicht. — Ich will mich nicht im geringsten überreden zu lassen.“

„daß sie die Papiere gestohlen und sie an die fremde Macht verkauft hat!“ Die Rede endete mit einem geraden triumphierenden Schnaufen, aber der Bürgermeister lachte nur kurz auf.

„Du läßt dich von deinem Vorurteil hinführen, liebe Klara,“ bemerkte er, immer noch in dem scharfen Ton, der seiner Frau so neu war. „Die Haltung, die du gegen die wirklich reizende, junge Dame aus Schloß Hammelein anzunehmen beliebtest, erschien mir von allem Anfang an nicht nur unangebracht, sondern höchst verwerflich. Heute aber sie noch beibehalten zu wollen, wäre einfach lächerlich!“

Frau Scheibler schaute ihren Gatten mit wütenden, durchbohrenden Blicken an, aber es war dem sonst so nachgiebigen Herrn heute tatsächlich gelungen, sie zu überrumpeln und ihr eine Art Respekt für sich abzurufen, und sie gab daher ihrem Zorn keinen Ausdruck.

„Es ist eine bedauerliche Tatsache,“ fuhr der Bürgermeister ruhig fort, als er bemerkte, welche Wirkung sein bestimmtes Auftreten auf seine Frau ausübte, „es ist eine bedauerliche Tatsache, daß ihr, du und Frau Peters und der Rest der Clique, die nach eurer Pfeife tanzt, alles daran gesetzt habt, der armen jungen Frau das Leben zur Qual zu machen. Der Himmel mag wissen, welche Gründe ihr dazu hattet! War es, weil ihr sie um ihre Jugend und Schönheit beneidetet, oder war es nur die Lust am Unheilvollsten, ich kann es nicht entscheiden! Aber so viel steht fest, ihr habt das arme Wesen mit euerem Haß und euerem Klatsch ganz elend gemacht. Ich muß gestehen, ich bin geradezu empört über die Art und Weise, wie eine Horde klatschfüchtiger Weiber, noch dazu von meiner eigenen Frau angeführt, über ein unschuldiges Geschöpf herfällt und es zerreißt. Das Treiben eilet mich an!“

Des Bürgermeisters Worte waren immer lauter und heftiger geworden. Als er jetzt schweigend erhob sich seine Frau, tat einen tiefen, beinahe schluchzenden Atemzug und griff wie hilflos nach der Lehne des nächsten Stuhles. In ihrem ganzen ehelichen Leben war es ihr noch nicht vorgekommen, daß ihr Mann, der es sich zur hohen Ehre geschätzt hatte, die geborene von Reuenhain heimzuführen zu dürfen, daß dieser Mann es wagte, in strengem, vorwurfsvollem Ton zu ihr zu reden. Niemals hatte er ihr auch nur ernstlich widersprochen, und als er heute plötzlich so entschieden auftrat, da beschlich sie ein Gefühl, das ihr auch bis heute fremd gewesen, ein Gefühl, das beinahe Furcht war. Sie versuchte, sich hola aufzurichten und

würdevoll aus dem Zimmer zu gehen, wie sie das zu tun pflegte, wenn der Bürgermeister einmal nicht ihrer Meinung war. Aber der Versuch schlug heute gänzlich fehl. Es lag etwas in dem strengen, kühlen Blick des Mannes, das eine Art Zauber auf sie ausübte und sie nicht nur regungslos an den Ort bannte, sondern auch noch ihre Zunge verriegelte.

Der Zorn ihres ehrenwerten Herrn und Gebieters ließ in diesem Augenblick große Gefahr, seinem Sinn für Sumor zum Opfer zu fallen. Ein lustiges Leuchten kam in seine Augen und ein verdächtiges Zucken zeigte sich um seine Mundwinkel, glücklicherweise ungehört von seiner Frau, denn sie hätte es ihm nie vergeben, wenn sie gemerkt, daß er sich über ihre Niederlage amüsierte. So unterdrückte er denn rasch das veräberliche Zucken, und seine Augen blickten wieder ganz ernst, als er sehr ruhig sagte: „Also, bitte, merke dir ein für allemal, liebe Klara, daß ich dein und deiner Freundinnen Verhalten gegen Frau Martens durchaus mißbillige. Ich erkenne an, daß es sehr unrecht von mir war, die Sache überhaupt so weit gehen zu lassen, ohne sie zu unterdrücken. Ich hätte eurer Klatscherei und eurer boshaften Hezerei gegen eine alleinstehende, unschuldige Frau ganz energisch ein Ende machen müssen. Ich habe es aus alter, süßer Gewohnheit leider nicht getan, und ich bereue diese Unterlassungsünde jetzt tief.“

Frau Scheibler versuchte hier ein höhnisches „Bischof!“ anzubringen, aber es mißlang genau so, wie vorher der Versuch, würdevoll hinauszugehen, und wieder blickte sie für einen Augenblick in des Bürgermeisters Augen lustig auf. Aber wieder unterdrückte er seine Heiterkeit rasch, und seine Stimme klang ernst und streng wie vorher:

„Die einzige Genugtuung, die wir Frau Martens jetzt bieten können,“ fuhr er fort, ohne daß seine Frau den geringsten Einwurf gemacht hätte, „ist gänzlich unzulänglich. Trotzdem muß es sofort geschehen. Du wirst noch heute Frau Martens besuchen und ihr sagen, wie sehr du dich freust, daß die Unschuld ihres Mannes an den Tag gekommen ist. Und ich werde dich begleiten.“

Frau Scheibler öffnete den Mund zum Sprechen, aber es kamen keine Worte. Ihre Augen wurden groß und rund, und ihr starrer Blick drückte ein solches Maß von Erstaunen aus, wie es in Worten gar nicht wiedergeben gewesen wäre.

# Verliches und Sittliches.

Miela, den 13. Dezember 1928.

Als ein Zeichen der herrschenden Not kann man beobachten, daß seit einiger Zeit mehr und mehr Kinder bettelnd von Haus zu Haus gehen und die erhaltenen Gaben in mitgebrachten Tüchern nach Hause schaffen. Auch Erwachsene, die sich als Erwerbslose ausgeben, sprechen hauptsächlich in Badegeschäften um Lebensmittel, Zigaretten oder ähnliche Gaben an. So notwendig es ist, die in weiten Kreisen der Einwohnerschaft herrschende Not zu lindern, so ist das doch nicht die richtige Art, da der Heber nur in den seltensten Fällen in der Lage sein wird, die Nichtigkeit der Erzählungen der Kinder und Erwachsenen nachzuprüfen. Ueberdies muß das Betteln auf das Bewußtsein der Kinder einen unheilvollen Einfluß ausüben. Wenn die Verlastigung der Einwohnerschaft, als die das Betteln empfunden wird, in Zukunft unterbunden werden soll, so kann dies am einfachsten dadurch geschehen, daß sich jeder zum Hilfswerk der Stadt Miela beteiligt, die ihm seine Spenden ausführt, und vorzupredigen Personen mit Bezug hierauf an das Wohlhabendsteamt verweist. Auch die Schulleitungen haben sich, soweit Schulkinder in Frage kommen, in den Dienst der guten Sache gestellt und bemühen sich, die Not unter diesen zu lindern. Diese Stellen müssen genau, wo die Not besonders groß ist und nur wenn ihnen alle Gaben ausgeführt werden, ist eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Spenden möglich. Durch die so lange anhaltende Not und Erwerbslosigkeit befindet sich die Miela, insbesondere das Schulwerk, oft in trübseligem Aufstande. Wer im Stände ist, neue oder getragene Kleidungsstücke und Schuhe, gleichmäßig für Erwachsene oder Kinder, abzugeben, stelle diese zur Verfügung. Vielleicht können die Industriefirmen Abfälle von Treibriemenleder, die Geschäfte Stoffreste zur Verfügung stellen, damit in einrichtenden Reparaturwerkstätten schadhafte Kleidungsstücke und Schuhe ausgebessert werden können. Wunders, was im Haushalt als wertlos herumliegt, kann in der heutigen Notzeit durch sorgfältige Behandlung noch wertvolle Dienste tun. Man liefere derartige Kleidungsstücke an das Wohlhabendsteamt, oder, soweit Sachen für Kinder in Frage kommen, an die Schulleitungen ab.

**Polizeibericht.** Gestohlen wurden in der Nacht zum 12. dieses Monats vermutlich von Nachschlüssel- dieben im Ortsteil Neu-Gräba, Bahndorfstraße 2, ein neuer brauner gefreister Winterjackettanzug, ein dergleichen von hellgrauer Farbe mit falscher und pfefferartiger Muster, von einem weniger guten dunkelgrünfarbigen Anzug Jackett und Weste, ein lehmfarbiges schädlicher Herrenregentmantel, eine Metalltasche aus braunem Rindleder, eine blaue Damenstrickweste mit Vornamen, ein gleichfarbiges, auf Vornamen, Kragen und unterem Rand weiß abgesetztes, auf Taille gekleidetes Kinderjackett, ein schwarzer Damenunterrock, eine schwarzseidene Damenbluse, acht Regal Kerzen; dieselbe Nacht im Ortsteil Neu-Gräba, Mielaer Straße 11, nach Auskitten einer Fensterscheibe und Einsteigen in eine Erdgeschloßwohnung ein schwarzer, grau melierter zweifarbiger Herrenpaleot mit schwarzem Samt-Kragen, ein schwarzer Damendachmantel in Raglan Schnitt mit am Hals durchschnürtem Seidenkragen, ein schwarzer Kammergarnrock mit langen Seidenpitaceln und einigen gestopften Wollentlöchern am Schoß und an den Vornamen, ein graublauer Damenmantel in Raglan Schnitt mit eingewebtem karierten Futter, eine abgedunkelte Militärjoppe mit Gürtel, Koller und 2 Falten auf Brust und Rücken, ein weißes Kamm-damenbeinkleid, ein weißes Damenhemd, eine Normalherren-unterhose, ein Paar neue braune Damenhalbschuhe, Größe 39, mit eingewebten Flechtspannleisten, ein Paar getragene braune Herrenschuhstiefel, Größe 40, ein Paar alte schwarze Lederamaschen mit feiltlichem Schnalleverschlus, eine Woll- weise und eine halbe Rolle schwarzen Maschinenwollens, zehn runde in Papier eingeschlagene Stück Butter „B“ und „D“ gewaschen, hundert Salem-Zigaretten, hundert dergl. verschiedener anderer Marken, fünfzig Zigaretten und vier Schachteln Nigeln-Schubcreme.

**Weihnachtsabend im Heimatklub.** Nächsten Montag abends 8 Uhr veranstaltet der Landesverein Sächsischer Heimatklub als letzten Abend seiner Vortragsreihe einen großen Weihnachtsabend. Mag Feilbig, Baiken, einer der bekanntesten sächsischen Heimatdichter, der das im Verlag des Heimatklubs erschienene Buch „Bunte Wägen, helle Straßen“ herausgegeben hat, wird köstliche Weihnachtsdichtungen vortragen, und die Deutsche Volksspielgruppe Hugo Deuer, Miela, wird ein Weihnachtsliederfest (Schwätzspiel und Gesänge) auführen. Festmahlig veranstaltet der Landesverein Sächsischer Heimatklub in Miela einen Weihnachtsabend. Die Weihnachts- abende des Vereins genießen den Ruf bedeutender künstlerischer Veranstaltungen; sie werden in den Großstädten oftmals wiederholt, und so host der Landesverein Sächsischer Heimatklub, auch in Miela alle Freunde heimatischer Kunst und alle die, die einen köstlichen Abend der Erinnerung, der Freude erleben wollen, an seinem Weihnachtsabend zu leben. — Eintrittskarten sind bei Photograph Werner, Miela, Goethestraße 81 und an der Abendkasse erhältlich. Kinder zahlen ermäßigte Preise. — Am gestrigen (zweiten) Vortragsabend bot Herr Arthur Gangaue, einer der Besten auf dem Gebiete der Puppenspieler, mit seinem Kaiserlich-Theater den sehr zahlreich erschienenen Kindern und großen Freunden der Heimatklubbewegung ein stündliches köstlicher Unterhaltung. Drei allerliebste Kom- mädien hielten die Erscheinungen dauernd in bester Stim- mung. Vor Beginn des ersten Leses gab Kaiserlich be- kannt, daß er jedoch die reizende Weihnachtsaus- stellung im Heimatmuseum besucht habe und empfahl allen Anwesenden deren Besuch aufs wärmste. Es folgten in kurzen Vausen „Die Flucht aus dem Gelangnis“ oder „Kaiser soll eingesperrt werden“, „Der kleine Seppel unter den Jäubern“ und zum Schluß „Kasperles Weis nach der Türl“. Bei all diesen harmlos humoristischen Vorführungen kam die alte Volkstrübseligkeit, die das Kaiserlich-Theater für sich in Anspruch nehmen darf, so recht zum Ausdruck. Und damit hat der Abend seinen Zweck voll und ganz erreicht. Das Volkstrübseligkeit ist bekanntlich eine der Hauptaufgaben des Sächsischen Heimatklubsvereins.

**Weihnachtsfeier des Chorvereins.** Es ist nochmals empfehlend auf die Weihnachtsabendfeier des Chorvereins hingewiesen, die einen ganz besonderen Genuß bieten wird. Die Feier wird nicht an weihnachtlich geschmückten Tischen stattfinden, sondern es werden auf Wunsch der Künstler Stuhlreihen gestellt werden. (S. Vereinsn.).

**Vager Zeitball.** Sonntag nachmittag findet im diesigen Wettsale ein von Lehrer Bedend, hier, veran- staltetes Kirchenkonzert statt. Chöre, Solosänger, Violin- und Cellovorträge bilden den Inhalt des Programms. (Siehe Inserat in vorl. Nr. d. Bl.)

**Zum Verzeckreil** erhalten wir von der Krankenkasse des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, „Eriagasse“, Sig Leipzig, die Nachricht, daß sich der Streik nur gegen die Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, nicht aber gegen Eriagassen richtet. Die Mitglieder der Eriagassen laufen deshalb nicht Gefahr, durch den Verzeckreil irgendwie in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

**Für Militär-Ruhestandler.** Die Renten- markt-Vorkaufungen über die weitere Abschlagszahlung, welche nach der Vielzahl 50 Millionen für die 1. Dezember- hälte für die Zeit vom 1. bis 18. 12. 28 den Besonderen, Wartegeldepotierungen und Unterbleibenden der ehemaligen Wehrmacht aufleben, sind vom Reichspensionsamt der Post bewilligt.

**Die Rhein-Ruhr-Abgabe.** Die ursprüngliche erst am 5. Januar 1924 fällige dritte Rate der Rhein-Ruhr- Abgabe ist nach einer am 7. Dezember erlassenen Steuernot- verordnung des Reichspräsidenten bereits am 18. Deze- mber 1928 zu entrichten. Abgabepflichtig sind alle diejenigen Einkommensteuerpflichtigen und Erwerbsgesellschaften, die bisher zur Rhein-Ruhr-Abgabe verpflichtet waren. Zu zahlen sind von natürlichen Personen je 0,50 Goldmark für je volle 1000 Mark der Einkommensteuer 1922. In soweit der Einkommensteuerveranlagung 1922 ein Abschluß vor dem 1. Juli 1923 zu Grunde liegt, beträgt der dritte Teil der Rhein-Ruhr-Abgabe das Vierfache, also 2 Goldmark für je volle 1000 Mark der Jahressteuer 1922. Soweit Ein- kommensteuerbescheide für 1922 noch nicht ausgehändigt sind, be- rechnet sich die Abgabe nach den Jahressteuerbeträgen, die den bisher gezahlten Raten der Rhein-Ruhr-Abgabe zu Grunde gelegt worden sind. Wer bis 21. Dezember 1928 zahlte, darf dies noch zum Goldumrechnungssatz vom 18. De- zember tun. Spätere Zahlungen werden mit dem etwa fest- gesetzten höheren Goldumrechnungssatz aufgemert; außer- dem sind 5 Prozent Verzugszinsen vom Goldbetrage der Ab- gabe zu zahlen. Zahlungen vor dem 18. Dezember 1928 sind zulässig; sie werden nach dem Goldumrechnungssatz des Zahlungstages angenommen. Vorschriften über Vorauszah- lungen auf die Einkommensteuer 1924 sind noch nicht ergan- gen.

**Strafantrag gegen die „Dresdner Volkszeitung“.** Die sozialistische „Dresdner Volks- zeitung“ schreibt: „Wegen eines Artikels, der am 1. No- vember in unserer Zeitung unter der Überschrift: „Das Verbrechen am sächsischen Volk“ erschienen ist und in dem mit Bezug auf die Durchführung der Exekutive von einer verbrecherischen Willkürherrschaft in Dresden gesprochen wird, will die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Ge- nerals Müller gegen den verantwortlichen Redakteur, Ge- nossen Sachs, Klage erheben. Die Staatsanwaltschaft hat den Landtag um Aufhebung der Immunität ersucht, einem Gesuchen, dem der Rechtsausschuß mit einer Mehrheit von 9 gegen 8 Stimmen zugestimmt hat. Die endgültige Ent- scheidung hat das Plenum des Landtags.

**Reisebargutscheine der Reichsbahn.** Wie verkauft, werden ab Montag an den Schaltern der Reichsbahn Reisebargutscheine verkauft werden, die auf 2 und 5 Goldmark lauten und jederzeit von sämtlichen Bahrfahrerwechseln und Gepäckabfertigungen auch bei Aus- landreisen in Zahlung genommen werden. Auf diese Weise soll weiteren Kreisen die Möglichkeit gegeben werden, für eine beabsichtigte Reise in Raten zu sparen.

**Wertbeständige Gemeindeforderungen.** Dem Landtag ist ein vom Weimarerministerium beschlossener Beleh- entwurf über wertbeständige Gemeindeforderungen ausgegan- gen. Falls Gemeinden oder Bezirksverbände Steuern oder son- stige Abgaben in Goldmark festsetzen, soll danach für das Wertverhältnis zwischen Papiermark und Goldmark der vom Reichsfinanzminister bestimmte Goldumrechnungssatz mög- lichst sein. Der Jahresatz der Hundsteuer soll 9 Gold- mark betragen. Soweit eine Gemeinde oder ein Bezirks- verband durch Steuerordnung als Hundsteueratz den je- weils zugelassenen gesetzlichen Höchstatz eingeführt hat, weiß zugelassenen gesetzlichen Höchstatz eingeführt hat, soll der Betrag von 30 Goldmark solange als Jahressteuer- atz, als die Gemeinde oder der Bezirksverband nicht durch Steuerordnung anderes bestimmt. Die Jahres- steuerätze der Jugitersteuer betragen 48 bzw. 30 Gold- mark.

**Hauptversammlung des Vereins deut- scher Eisenbahnverwaltungen.** Gestern lagte in Dresden die 58. Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der geschäftsführenden Verwaltung in Berlin, Reichs- in- direktionspräsident Wuff, vereinigten sich etwa 70 Ver- treter der an dem Verein beteiligten Staats- und Pri- vatbahnen. Insbesondere waren auch Vertreter der dem Verein angehörenden Niederländischen, Desterreichischen und Ungarischen Eisenbahnverwaltungen erschienen. Den Beratungen liegt eine umfangreiche Tagesordnung zu Grunde, die alle Fachgebiete des Eisenbahnwesens be- rührt und für die Fortbildung der gemeinsamen Vereins- einrichtungen von großer Bedeutung ist.

**Niederländische Liebesgaben.** Das Wehrkreiskommando teilt uns mit: Das niederländische Rote Kreuz beabsichtigt, in nächster Zeit ein oder mehrere Büge mit Lebensmitteln nach Deutschland zu senden, die von zwei niederländischen Offizieren in Uniform ohne Waffen und von Krankenträgern des Roten Kreuzes begleitet wer- den sollen. Die Bevölkerung wird hierüber informiert, da- mit eine etwaige Belästigung der niederländischen Offi- ziere und des Begleitpersonals unter allen Umständen vermieden wird. Es wird gebeten, diesen Herren zur Durch- führung ihrer dankenswerten Aufgabe jede mögliche Unter- stützung zu gewähren.

**Vorkauf keine Telegramme und Pa- lete nach Desterreich.** Wegen der durch den Aus- stand der Post- und Telegraphenangelegenheiten hervor- gerufenen Betriebsunterbrechung werden vorkaufliche Tele- gramme und Palette nach Desterreich und darüber hinaus von den Postanstalten zur Beförderung nicht angenommen. Briefsendungen werden angenommen, doch ist ihre Weiter- beförderung zweifelhaft.

**Gangja.** Die Reichswehr rückte am Sonnabend morgen nach vierwöchentlichem Aufenthalt in unserem Dorf wieder ab.

**Rücksendung.** Für die Erneuerung der Kirchen- orgel wurde von dem führenden Künstler der Staatlichen Manufaktur in Meißel Waul Börner eine Vorgesammelte entworfen und von der Manufaktur hergestellt. Es werden nur 1000 Stück ausgegeben.

**Wachen.** Von einem raschen Tode ereilt wurde am Montag vormittag Landgerichtsdirektor Hermann Otto Berndt. Der alte Herr war im Begriff, mit dem 10 Uhr- Schenke nach Dresden zu fahren, stand in der Halle und wechselte mit einem Bekannten einige Worte, als er plötz- lich umfiel. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein rasches Ziel gesetzt.

**Bad Oker.** Auf Verordnung des Ministerium des Innern ist heute 80 Arbeiter gefündigt worden. Verluste der Badedirektion, die erfolglos mit der Begründung, daß es die trübselige Finanzlage des Staates nicht erlaube.

**Sodenstein-Einsturz.** Hier wurde durch die Reichswehr eine Tagelöhnerversammlung aufgelöst. Die Protokolle wurden beschlagnahmt und der Vorsitzende Schütz, sowie der Schriftführer Rißig und die Geschäfts- führer Böttger, Lehmann und Freitag vom Metallarbeiter- verband verhaftet und nach Jmidan gebracht. Die der RSD, angehörenden Schütz, Lehmann und Rißig sind wieder freigelassen, Böttger und Freitag, die der RWD. an- gehören, dagegen in Haft behalten worden.

**Wauen.** Der „Vogelwälder Anzeiger“ berichtet: Einen unerwarteten Abschluß fand dieser Tage das Fest- eines einer gefährlichen Diebesbande. Während die aus 8 Köpfen bestehende Gesellschaft dabei war, das Leibgericht des Vogellandes, grüne Röhre mit Anlebraten, zu verzerren, erschienen plötzlich Beamte der Kriminalpolizei vor der Wohnung und begehrten Einlaß. Nachdem einwandfrei festgestellt, daß die in der Wratpfanne schmorenden Martins- vögel gestohlen waren, wurde die ganze Gesellschaft etwas näher unter die Lupe genommen und es ergab sich weiter die überraschende Tatsache, daß unter den Anwesenden vier gefährliche Eisenbanden waren. Sie hatten erst kürzlich aus einem langsam fahrenden Güterzuge auf der Strecke Barau-Wauen einen Heilsford und einen Ballen Hand-

# Heutiger Dollarkurs (amtl.): 421050000000

(unverändert)

Reinsprechelung, ohne Gewähr.

tuchstoff gestohlen. Zwei aus Wärburg stammende Diebe (sicheln Sozialisten auf dem Gebiete der Ausraubung von Eisenbahnwagen zu sein.

**Wauen i. W.** Der Bürgermeister von Klingenthal, Dr. Zimmermann, der vor kurzem verhaftet und dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, ist heute aber- mals durch einen Oberleutnant der Reichswehr verhaftet worden.

**Tauha.** Am Freitag mittag versuchten mehrere aus der Schule kommende Knaben den Weg abzukürzen, indem sie am Stadtbade über das dünne Eis der Warte laufen wollten. Ein Schulfahrer kam glücklicherweise, aber drei Knaben brachen im Eise ein. Der Schulfahrer Baumemann konnte sich noch retten, während die anderen beiden Knaben wahrscheinlich Herzschlag erlitten haben und sofort tot waren.

**Leipzig.** Eine unangenehme Überraschung bereitete die Kriminalpolizei dem Lichtknecht Clementen, die sich all- täglich in der Gegend des Hauptbahnhofes, der Börse und in den nach dem Brühl führenden Straßen herumtreiben. Gestern Mittwoch in der zwölften Mittagsstunde rückte ein größeres Sippengebot mit zwei Lokstratwagen an. Die Landespolizisten sperrten den Weg und die zum Brühl führenden Straßen und Passagen ab, und die Jagd begann. Das Ergebnis der Jagd war ein über alles Erwartetes günstiges. Aus Hauskuren, Wirtschaften und Kaffeehäusern wurde eine große Anzahl Personen herausgeholt und auf die Autos verladen. Meist waren es junge arbeitslose Burischen, die bei einem schwunghaften Handel mit Devisen und Waren aller Art betroffen wurden. In den Lokalen mußten sich die Gäste eine Unternehmung gefallen lassen. Jeder, der sich nicht ausweisen konnte oder der im Besitz von ausländischen Geldbrosen betroffen wurde, mußte den Weg zur Wächtertrache antreten. Die beiden Lokautos konnten kaum die Zahl der Festgenommenen fassen.

**Leipzig.** Am Montag abend wurden zwei Damen im Alter von 73 und 59 Jahren in der Nähe des Wismar- denkanals von zwei Streifen überfallen und beraubt. Eine der Frauen hatte von hinten einen Stoß erhalten, wodurch sie zu Boden stürzte. Geraubt wurden die Handtaschen mit Inhalt. — In der Kunsthandlung Vermissch wurde nachts eingebrochen. Die Einbrecher zer schnitten 11 Ge- mälde von hohem Werte und verließen das Geschäft wieder, ohne etwas gestohlen zu haben.

# Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 13. Dezember 1928.

## Di. Schacht über den Stand der deutschen Währung.

Der Reichswährungskommissar Dr. Schacht machte dem Vertreter einer sozialdemokratischen Korrespondenz Mit- teilung über den augenblicklichen Stand unserer Währung und die in nächster Zukunft zu ergreifenden Maßnahmen. Durch die Tatfache der Stabilisierung der Währung seit dem 20. November sei in den weitesten Kreisen der Wirt- schaft eine Beruhigung eingetreten. Das stabile Verhältnis zwischen Papiermark, Rentenmark und Goldmark habe zum Verkauf von Waren, Devisen und Effekten aus inländischen Händen geführt. In allen dreien zeige sich deshalb ein merklicher Preisnachlaß und die Unlust, weiter auf großen Vorräten sitzen zu bleiben. Eine Besserung unserer Produktionslage sei jedoch nicht eingetreten; sie könne auch nicht eintreten, wenn nicht der deutschen Produktion Betriebskapitalien in größerem Umfang zu- geführt würden. Diese Betriebskapitalien aber müßten Goldkapitalien sein. Aus diesem Grunde sei die Beschaffung neuer Mittel durch eine Goldkreditbank die entscheidende Frage der nächsten Wochen. Die Aussichten hierfür seien nicht ganz unglücklich.

## Die Finanzkrise des Reiches.

(Berlin. Der „V. L. A.“ schreibt: So schlimm ist es mit den deutschen Finanzen bestellt, daß Steuern aus- geschrieben werden müssen, vor denen man ganz genau weiß, daß sie nicht aus verfügbaren Ueberflüssen, sondern nur noch aus der Substanz der Wirtschaft aufgebracht werden können; aber der Reichsregierung bleibt keine andere Wahl mehr. Deshalb will die Reichsregierung schon heute oder morgen mit einem Appell an das Ausland herantreten, in der Hoffnung, damit die verschuldeten schwebenden Kredit- verhandlungen beschleunigen zu können. Das alles sind, wie man hört, die letzten Maßnahmen.

## Die Uebernahme des Bahnhofes Offenburg.

(Offenburg. In schlichter Weise hat sich gestern die Uebernahme des Bahnhofes Offenburg in die deutsche Betriebsführung vollzogen.

## Der Beamtenstreik in Wien dauert an.

(Wien. Die Verhandlungen des Unterausschusses des Finanzsausschusses mit den Bundesangehörigen wurden im Laufe des gestrigen Tages fortgesetzt, haben aber noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Streik dauert an.

## Die Wiederannahme der Expreßzüge im belgischen Gebiet.

(Paris. Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß die Expreßzüge zwischen Mainz-Frankfurt a. M. und Frank- furt a. M.-Mainz-Düsseldorf und umgekehrt zum ersten Male am 11. Dezember wieder in Gang gesetzt worden sind. Personen- und Güterzüge gelangen jetzt auch von neuem durch die Bahnhöfe Lünen und Doreoring in das Ruhr- gebiet.

## Die Lage in Mexiko.

(Veracruz. Das Hauptquartier der Aufständigen teilt mit: Einer ihrer Vorkämpfer sei es gelungen, Anzaco zu erreichen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die Regie- rungsstruppen sollen angesichts des raschen Vordringens der Rebellenkräfte nicht Zeit gehabt haben, den Schienen- strang aufzureißen. Dem Blatte „El Mundo“ zufolge ist in der Petroleumpend, die sich von Tampico bis Puzum erstreckt, die Lage unverändert. In diesem Bezirk haben die Rebellen keinen Handreich unternommen.

## Ramenew als Präsident wiedergewählt.

(Moskau. Ramenew wurde zum Präsidenten des neuen Moskauer Sowjets wiedergewählt. In seiner Er- öffnungsrede betonte er die Festigung der internationalen Lage der Sowjet-Republik und wies u. a. auf die Wieder- aufnahme der Beziehungen mit Italien, die in aller nächster Zukunft in vollem Umfang bevorstehe, hin. Coolidge's Erklärung sei ein Wendepunkt in der amerikanischen Politik bezüglich Russlands. Die Sowjetregierung strebe eine Verständigung mit Amerika an und lege keinerlei ernste Hindernisse für die Wiederaufnahme der Beziehungen. Die Ergebnisse der englischen Parlamentswahlen verrieten die Unzufriedenheit des englischen Volkes mit der bis- herigen englischen Außenpolitik, u. a. gegenüber den Sowjetrepubliken.

## Wartberichts.

Ämliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz am 12. Dezember, nachm. 3 Uhr. Stimmung: ruhig. Weizen 182 bis 170, Roggen 150 — 155, Wintergerste —, Sommergerste 160, Hafer 180 — 185, Mais — Goldmark für 1000 kg, Weizenmehl 35, Roggenmehl 32, Weizenkleie 7,50, Roggenkleie 7,50, Weizenheu 6,50, Getreide-Stroh gepreßt 2,50 Goldmark für je 100 kg.

